

FALSCHES SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS DER KATASTROPHE VON FUKOSHIMA

Ruben Merlin Mörth

Japans 3/11 revitalisierte eine längst tot geglaubte und medial seit Jahren unbeachtete Debatte. Die positive Meinungsbildung von Seiten der Atomindustrie und das Verebben des gesellschaftlichen Interesses führten dazu, dass bis zum GAU in Fukushima viele frühere Unfälle in Vergessenheit geraten waren und, dass im Glauben, die Kernenergie sei mittlerweile sicher, oder zumindest nur mit einem kleinen Risiko verbunden, nicht weiter über Konsequenzen nachgedacht wurde. Während das Volksbegehren zum Ausstieg Österreichs aus EURATOM¹ nur etwa eine Woche vorher in den österreichischen Medien kaum ein Echo fand, überschlugen sich sämtliche Medien - zumindest in der ersten Zeit - in der Berichterstattung über die extremen Zustände in der und um die Kernkraftwerksanlage Fukushima. Der Umstand, dass ein engagiertes Volksbegehren zur Problematik nichts erreicht hatte und es wieder einmal einer Katastrophe bedurfte, um die Gefährlichkeit der Atomenergie vor Augen zu führen, scheint paradox.

Im Folgenden wird versucht, die Atomenergie von verschiedenen Seiten zu analysieren. Es handelt sich dabei nicht nur wie oft dargestellt um eine ökologische oder friedenspolitische Thematik. Die Atomenergiefrage ist eng verknüpft mit unserem System und dessen Funktionsweise. Ebenso wird die Frage diskutiert, ob ein ökologischer Wandel durch individuelle Entscheidungen, wirtschaftliches Handeln oder doch auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene ansetzen muss. Es soll herausgestrichen werden, dass ökologische Veränderungen auch immer soziale Implikationen haben, auf die nicht vergessen werden darf.

EIN REIN ÖKOLOGISCHES PROBLEM?

Erste Assoziationen im Zusammenhang mit Atomenergie und Atomkraftwerken drehen sich oft um Umweltzerstörung, Todesopfer durch Unfälle, Verstrahlung und die Bilder von Mutationen, sei es nun eine Mischung aus Kunst und Wissenschaft wie bei Cornelia Hesse-Honegger² oder in Form von Science Fiction, welche Unglücksszenarien bereits sehr früh aufnahm. In Verbindung mit Atomenergie wird häufig das Bild einer atomaren Apokalypse durch Kriege, Unfälle oder Anschläge aufgezeichnet. Dass von dieser Energietechnologie eine große Gefahr ausgeht, ist nicht zu leugnen. Dass es aber beinahe zu allen kritischen Studien und wissenschaftlichen Untersuchungen, auch gegenteilige Informationen gibt, erschwert eine objektive Sicht auf die Risiken der Atomenergie zu bekommen. Dies kann

¹ Die Europäische Atomgemeinschaft ist eine seit 1957 tätige Organisation, deren Aufgabe unter anderem darin besteht, die Forschung der Atomindustrie und die Errichtung neuer AKWs finanziell zu unterstützen. EURATOM ist strukturell vollständig an die EU angegliedert und alle Mitgliedsländer der EU sind demnach auch EURATOM-Mitglieder, ob sie nun selbst Atomenergie produzieren oder nicht.

² Die Zeichnerin dokumentierte seit dem Unglück in Tschernobyl 1986 rund um Atomanlagen gesammelte Insekten und ihre Mutationen. Auch wenn ihre Arbeiten stark umstritten sind, ermöglichen sie trotz allem eine alternative Sichtweise auf die als unproblematisch konstatierte niedrige Strahlenbelastung. (siehe <http://www.wissenskunst.ch/>)

man besonders gut an den Angaben der Opferzahlen von Tschernobyl³ sehen, oder an den Untersuchungen der Auswirkungen geringer Strahlendosen auf den menschlichen Körper.

Die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts waren geprägt von zahlreichen Erfindungen und natürlich auch von neuen Erkenntnissen auf dem Gebiet der Physik. Die forcierte Erforschung der in Atomkernen ruhenden Energie, war natürlich für die Wissenschaft von großer Bedeutung, aber ebenso auf strategische und in aller erste Linie militärische Interessen zurückzuführen. Dass die USA innerhalb weniger Jahre aus Angst davor, das Dritte Reich könne ihnen zuvorkommen, in geheimen Operationen das oft genannte Manhattan-Project⁴, aus dem Boden gestampft und damit eine ganze Industrie geschaffen haben, wird neben den hohen Todeszahlen von Hiroshima und Nagasaki oft vergessen. Ein "erfreuliches Nebenprodukt" der Atomwaffen war, dass kontrollierte Kernspaltung zur Energienutzung verwendet werden kann. Aber auch heute darf die Energieproduktion nicht getrennt von den Atomwaffen gesehen werden. Drei Viertel der weltweiten Atomstromproduktion stammt aus den Ländern USA, Frankreich, Japan, Russland, Deutschland und Südkorea, die Hälfte davon zählen zu den mit den meisten Atomwaffen ausgestatteten Atommächten.

Die Produktion von Atomstrom war von Anbeginn mit höheren Kosten verbunden als geplant, trotz Propagierung von Atomstrom als billigere und wegen des geringen CO₂-Ausstoß umweltfreundlichere Lösung. Schon in den 60er Jahren übertrafen die Kosten pro Kilowatt den geplanten Preis bei Weitem. Der heutige noch stärkere Preisanstieg ist vor allem auf die immer steigenden Konstruktions- und Rohstoffpreise zurückzuführen, und natürlich auf erhöhte Sicherheitsvorkehrungen und längere Bauzeiten der AKWs. Es hat sich gezeigt, dass diese Technologie, durch staatliche Lenkung gut verankert und als die unendlich ausschöpfbare Energiequelle für die Zukunft gehandelt, seit Jahrzehnten von Subventionen abhängig ist, und zur Zeit seine stärksten Anhänger in den Reihen der Regierenden und Lobbys hat.

Das Betreiben eines AKWs produziert in der Regel weitaus weniger Emissionen als Verbrennungskraftwerke, weshalb diese Technologie von manchen als ökologisch vertretbar bezeichnet wird. Aber auch dies lässt sich schnell entkräften. Der Abbau von Uranerz vergiftet weite Flächen von Land, und macht sie zu starkverstrahlten und tödlichen Lebensräumen für die lokale Bevölkerung⁵. Die geförderte Menge Erz ist im Vergleich zur Menge des Urans unverhältnismäßig: für 33t Brennstoff, werden 440000t Uranerz an die Oberfläche gebracht, was wiederum beträchtliche Mengen an fossiler Energie benötigt. Überdies ist die Atommüll-Endlagerung immer noch ungeklärt und alleine die Suche nach Lagerstellen, und die jahrelangen Untersuchungen auf ihre Eignung verursachen enorme Kosten, ganz zu schweigen von den Castortransporten.

Deutschlands Entscheidung Ende des Jahres 2010, den Atomkonzernen noch Laufzeitverlängerungen gesetzlich zuzusichern, scheint einem heute noch viel unverantwortlicher und unverständlicher, wenn man das steigende Risiko von alten Reaktoren mit verlängerter Laufzeit bedenkt. Es darf auch nicht vergessen werden, dass der Preis für atomare Störfälle von der Bevölkerung gezahlt werden muss, wie zum Beispiel in Japan, ob es sich nun um gesundheitliche Schäden oder Sachschäden handelt. Auf der

³ Während Greenpeace von rund 93.000 Opfern des Reaktorunfalls spricht, die WHO von 50.000 toten Einsatzkräften aufgrund von Strahlenschäden, verlaufen sich die von der IAEA genannten Zahlen bei lediglich 50 Opfern aufgrund von erhöhter Strahlenbelastung.

⁴ Das Manhattan-Project war ein geheimes Forschungsprojekt während des zweiten Weltkriegs, welches die Entwicklung und den Bau einer Atombombe zum Ziel hatte.

⁵ 16% des Uranbedarfs der EU kommen aus dem Norden von Niger, wo unter katastrophalen Sicherheits-Vorkehrungen Uran abgebaut wird. 70% der Uranvorkommen sind in Gebieten zu finden, wo indigene Völker leben.

anderen Seite haben Energieanbieter weiterhin hohe Einnahmen, ohne neue Investitionen tätigen zu müssen. Während in Zeiten mit hohen Gewinnen die ArbeiterInnen selten Anteil daran haben, sollen sie in Krisenzeiten für die Unternehmen plötzlich Verantwortung übernehmen, wie zum Beispiel bei TEPCO⁶ wo in Führungsetagen 50% und bei ArbeiterInnen 20% Gehaltskürzungen in Kraft getreten sind, und natürlich zahlreiche Kündigungen, auf Grund der Krise des Unternehmens nach dem Desaster.

DAS EWIGE STREBEN NACH WACHSTUM...

Wie die aktuelle Wirtschaftskrise in den Industrieländern, traf die Atomkatastrophe von Fukushima einen hochentwickelten Staat, welcher alle Möglichkeiten hatte, auf die schon seit langem bekannten Risiken eines Erdbebens und Tsunamis zu reagieren⁷. Viel absurder wirkt dieser Sachverhalt, wenn man bedenkt, dass in Japan entwickelte technische Produkte am Weltmarkt stark vertreten sind, und Menschen Technologien zumeist blind vertrauen, ohne diese zu hinterfragen.

Wenn man die Entwicklung des heutigen Europas genauer betrachtet, lässt sich gut beobachten, dass das Erstarken des Kapitalismus eng verknüpft mit der Nutzung von neuen Energiequellen war. Was am Anfang Wasserkraft, Kohle und Dampf waren, wurde später durch Gas, Öl und Atomenergie ersetzt. Diese Technologisierung und die damals im Übermaß vorhandenen Ressourcen ermöglichten es, sich im Wesentlichen von der handwerklichen Produktion zu lösen und sich hin zu einer industrialisierten Gesellschaft zu entwickeln. Das wirtschaftliche Wachstum und der sogenannte Fortschritt sind also eng an billige und ergiebige Energiequellen gekoppelt. Die starke Abhängigkeit der Wirtschaft von einer reibungslosen Energieversorgung wird bei Krisen sofort augenscheinlich, wie den Ölschocks der 1980er Jahre oder dem kriegerischen Interventionen des globalen Nordens in Länder mit großen Rohstoffvorkommen und fossilen Energielagern.

Die Erkenntnisse des "Club of Rome" sind schon seit bald 40 Jahren bekannt, trotzdem wird das Wachstumsparadigma⁸ selten zur Sprache gebracht, bzw. wenn es thematisiert wird, hat dies selten konkrete Maßnahmen zur Folge. Als wirtschaftlich erfolgreich gilt in unserer Gesellschaft, was wächst, was Profite abwirft, neu ist und gut aussieht. Nach diesem Prinzip handeln Einzelpersonen, Unternehmen und auch Staaten, um im beruflichen und internationalen Konkurrenzkampf zu bestehen. Doch damit Hand in Hand gehend wächst die Weltbevölkerung und seit Jahrzehnten der ökologische Fußabdruck, also der Ressourcenverbrauch der Industrieländer. Im Gegenzug sind wir mit beschränktem Lebensraum, knapper werdenden Ressourcen und dem Klimawandel und seinen Folgen für die kommenden Generationen konfrontiert.

Die Atomenergie steht ebenfalls vor einer natürlichen Grenze: das heute für AKWs benutzte Uran wird bei gleichbleibendem Verbrauch nur noch bis 2070 verfügbar sein, und das, obwohl sich der Abbau bereits jetzt als sehr schwierig und ressourcenaufwendig darstellt. Den Schritt zur Atomenergie, den einige Länder ab den 1960er Jahren tätigten, muss also

⁶ TEPCO ist der viertgrößten Energieanbieter weltweit und das für die Reaktoren in Fukushima verantwortlichen Unternehmen.

⁷ 2002 wurde bekannt, dass TEPCO 16 Jahre lang Unfälle in Reaktoren verschwiegen und Reparaturberichte gefälscht hatte. 2007 musste der firmengrößte Reaktor wegen Erdbebenschäden heruntergefahren werden. 10 Tage vor der Tragödie von Fukushima wurden bei Inspektionen bereits große Mängel an sicherheitsrelevanten Systemen gefunden, die jedoch nicht zu einer Abschaltung sondern zu einer 4 monatigen Korrekturfrist für die Kraftwerksbetreiber führten.

⁸ An dieser Stelle sollte erwähnt werden, dass auch Indikatoren für Wachstum überdacht werden müssen. Das BIP stellt bekanntlich nur Waren da, die einen Wert haben und lässt viele weitere wirtschaftlich wichtige Größen außer acht. So werden weder Reproduktionsarbeit noch ökologische Kosten abgebildet.

auch in Verbindung mit dem Bestreben nach Versorgungssicherheit und nach gesichertem Wachstum der Wirtschaft gesehen werden.

IST EINE INDIVIDUELLE ENTSCHEIDUNG MÖGLICH?

Die Wachstumskritik sollte jedoch keinesfalls auf einen reinen Verzicht herunter gebrochen werden. Viel eher muss unsere gesamte Lebensweise in Frage gestellt werden, den enormen Verbrauch von Energie und die Verschwendung von Ressourcen. Man kann zwar bereits jetzt einige Veränderungen bemerken, die aber zumeist darauf abzielen, Umweltschutz als eine kurzfristige Geldersparnis zu interpretieren.

Besonders in der Automobilindustrie kann man einen Schritt hin zu weniger und sauberer Energie in Form von E-Autos, Hybridautos oder einfach nur effizienteren Modellen beobachten. Die Verantwortung für eine ökologische Transportmöglichkeit wird damit den Konsumenten überlassen und die Hersteller können öffentlichkeitswirksam zur Schau stellen, dass sie etwas zum Umweltschutz beitragen. Einerseits ist es natürlich zu befürworten, dass weniger Treibstoff verbraucht wird, aber es sollte nicht übersehen werden, dass die Produktionsweise und der Ressourcenverbrauch gleich bleiben. Andererseits ist das Energieproblem an sich noch nicht gelöst, sondern die Problematik nur hinausgezögert, denn die Verkehrsmittel verbrauchen immer noch Öl oder Gas, auch wenn es weniger ist, oder eben Strom, bei welchem keine Garantie besteht, auf welche Weise er produziert wurde, ob durch Atomkraftwerke, durch Verbrennungskraftwerke oder aber durch Solar- oder Windkraftwerke.

Während sich manch ein Politiker kurzzeitig öffentlich dem Kampf mit der Atom-Lobby stellt, propagieren die Grünen in Österreich den Umstieg auf sogenannte Ökostromanbieter. Dies soll "unsaubere Stromanbieter", wie zum Beispiel die landeseigenen Kärntner und Tiroler Energiekonzerne KELAG und TIWAG oder aber die Verbund AG, unter Druck setzen und sie durch den möglichen Verlust von KundInnen davon überzeugen, dass Energie aus fossilen Brennstoffen oder Atomenergie-Importe aus Nachbarländern entgegen gewirkt werden muss. Parallel dazu sprechen sie sich für erhöhte Förderungen von Solaranlagen aus.

Ein weltweiter Atomausstieg ist nur möglich, wenn Alternativen zur aktuellen Energiegewinnung aufgezeigt werden. Vor allem muss der Tendenz entgegengewirkt werden, dass die fossilen Brennstoffe wieder als wesentliche Energiequelle herangezogen werden. Wenn der Wechsel zu alternativen Stromanbietern in der Verantwortung der KonsumentInnen liegt, würde das bedeuten, dass vor allem durch das Konsumverhalten das Angebot durch die Nachfrage lenkbar wäre.

Die Verantwortung für solche Entscheidungen darf jedoch nicht einzelnen überlassen werden, und vor allem nicht von der Finanzkraft einzelner abhängig sein. Es wäre auch ein großer Fehler, die Politik aus der Verantwortung zu nehmen, indem man sie auf eine reine Förderungsinstitution reduziert. Es bedarf eines Plans, der eine globale Strategie unter Einbeziehung möglichst aller Staaten verfolgt. Der Umstieg auf private Anbieter würde zu einer Schwächung der zumeist landeseigenen oder staatsnahen Elektrizitätskonzerne führen, welche eigentlich eine zentrale Rolle in einer nachhaltigen Energiepolitik spielen müssten.

Eine ökologische Zukunft in die Hände von privaten, gewinnorientierten Unternehmen zu legen und darauf zu hoffen, dass so eine globale Wende herbeigeführt wird, ist überdies

mehr als unrealistisch. Die Katastrophe in Japan zeigte auch, wohin es führen kann, die Kontrolle für notwendige und lebensstandarterhaltende Energie einem einzelnen Konzern zu überlassen. Man vertraute eine risikoreiche Technologie einem Unternehmen an, ohne für entsprechende Kontrollen zu sorgen.

DAS NOTWENDIGE AUSSTIEGS- UND UMSTIEGSSZENARIO

Während in Deutschland der lachhaft "schnelle Ausstieg" aus der Atomkraft mit 2022 festgesetzt und mit Versorgungssicherheit und natürlich der Möglichkeit der Amortisierung der Investitionen für die Betreiberfirmen argumentiert wurde, bleiben andernorts wie zum Beispiel in Vietnam, die Pläne für einen nationalen Atomeinstieg unverändert. Tschechien plant in den nächsten Jahren einen massiven Ausbau ihrer Versorgung mit Atomenergie. Doch global gesehen befindet sich Atomkraft seit Jahren auf dem Rückzug. Nur 13% der weltweiten Stromproduktion stammt aus Atomkraftwerken, was aber 2% des Endenergieverbrauchs entspricht. Weltweit gibt es 432 aktive Reaktoren, 65 in Konstruktion, viele davon bereits seit Jahren bis Jahrzehnten. In den nächsten 15 Jahren werden um ca. 190 AKWs vom Netz gehen, was unterstreicht, dass global gesehen die Atomenergie kein erhaltender Faktor für den Strommarkt ist und die Tendenz sinkt. Häufig auftretende Problemen wie Mangel an Fachkräften, fehlende Ausbildungszweige, Pensionierungen und fehlende Produktionsmöglichkeiten von Kraftwerkselementen deuten auf ein mögliches Ende der Atomzeit hin. Ein primär europäischer Atomausstieg sollte nicht weiter hinausgezögert werden, vor allem um alternative technologische Entwicklungen voranzutreiben. Selbst wenn der Ausbau alternativen Energiezweige forciert wird, so sind die Industrieländer noch weit davon entfernt, in den nächsten Jahrzehnten ihren Umweltverbrauch massiv zu verringern.

Ein Paradigmenwechsel ist von größter Bedeutung. Es muss der Bevölkerung des reichen Nordens klar vermittelt werden, dass unsere Lebensweise unsere Lebensräume bedroht. Es kann also keine Lösung sein, das derzeitige System herzunehmen und es in einen "grünen Kapitalismus", mit einer nachhaltigen Industrie umzuwandeln. In aller erster Linie muss man sich bewusst werden, dass es Einschnitte benötigt, und dass diese nicht wie so oft gehört, von den Entwicklungsländern mitgetragen werden müssen, sondern dass es im Verbrauch eine Annäherung der Länder geben muss. So muss der Energie, und Ressourcenverbrauch nicht nur gesenkt sondern auch weltweit zwischen den Länder fair verteilt werden. Ähnlich den globalen Statistiken, wo sich zeigt, dass der Verbrauch in den Industrieländern höher liegt als in Entwicklungsländern, spiegelt sich der Sachverhalt bei Einkommensunterschieden ab.

In Österreich geben einkommensstärkere Menschen mehr Geld für Mobilität und Konsum aus, damit tragen sie weitaus mehr Verantwortung am CO₂-Ausstoß und dem daraus resultierenden Klimawandel. Auf der anderen Seite haben wir bereits jetzt rund 300.000 Menschen, welche von Energiearmut betroffen sind, sich keine ausreichende Stromversorgung und im Winter genügende Beheizung leisten können, nachdem die Preise für Strom und Gas im letzten Jahrzehnt stark gestiegen sind. Dass der Energieverbrauch, in reicheren Haushalten dennoch höher liegt, würde die Einführung progressiver Verrechnungsmodelle nahe legen, bei denen geringer Verbrauch entlastet wird und die Einnahmen für überdurchschnittlichen Verbrauch für Maßnahmen zur Energiereduktion in ärmeren Haushalten herangezogen werden sollte.⁹ Sogar die subventionierte Errichtung einer Photovoltaikanlage werden sich von Energiearmut betroffene Menschen wohl kaum leisten können.

⁹ Diese Vorschläge wurden von der Arbeiterkammer 2011 veröffentlicht.

EIN WANDEL IST MÖGLICH! - EIN MÖGLICHER WANDEL?

Ob ein Wandel nun als Green New Deal mit sozialem Blickpunkt oder als sozial-ökologischer Umbau bezeichnet wird, ist an dieser Stelle nebensächlich, von Bedeutung ist plakativ formuliert: die Umsetzung konkreter Maßnahmen weg von der Atomenergie und jeglichen fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energieformen. Ein Ziel sollte neben der Senkung des Energieverbrauchs und der effizienteren Nutzung auch das Streben nach Energieautarkie sein. Österreich ist in den letzten Jahren aufgrund des steigenden Energieverbrauchs und der fehlenden Gegenmaßnahmen immer mehr von seinen Nachbarländern abhängig geworden. Das soll aber nicht bedeuten, dass Verbindungen gekappt werden sollten, da bei Verbrauchsspitzenwerte ein möglichst weitläufiges Netz weitaus effektiver ist.

Die energiepolitscher Wandel, darf auch nicht nur von ökologischen Gründen motiviert sein, sondern muss auch soziale Gesichtspunkt beinhalten, da solche Reformen auch Konsequenzen für einkommensschwache Menschen haben. Doch egal welche Maßnahmen gesetzt werden, um dem Klimawandel entgegenzuwirken, sie können nur von Erfolg gekrönt sein, wenn sie von der Bevölkerung mitgetragen werden, was wiederum nur möglich ist wenn die Beweggründe für alle klar sind. Besonders ein wirtschaftlicher Wandel weg von Wachstumsorientierung bedarf einer breiten, unterstützenden Mehrheit. Eine Möglichkeit der staatlichen Lenkung wären zum Beispiel Qualitätskriterien zu beschließen, unter welchen in Österreich produziert werden darf, bzw. für Produkte im Handel. Abweichungen von diesen Kriterien, weite Transportwege, Produktionsverhältnisse, Lebensdauer und Verbrauch bei technischen Geräten sollten eine Besteuerung zur Folge haben, und vor allem zu einer sichtbaren und für die KonsumentInnen verständlichen Kennzeichnung der Produkte. Extrem hohe Abweichungen könnten sogar zu einem gänzlichen Verkaufsverbot führen.

Die Chance eines ökonomischen Wandels besteht am ehesten in Europa, teils aufgrund der politischen Situation, teils aufgrund der historisch gewachsenen Grünenbewegung. Für eine starke weltpolitische Rolle ist aber eine viel stärkere Einigkeit vonnöten, als sie zur Zeit durch die Lösungsfindung für staatliche Pleiten zur Schau gestellt wird. Aber eine zentrale Rolle könnte Europa bereits jetzt einnehmen, indem es internationalen Abkommen zum Klimawandel seine starke Unterstützung zukommen lässt. Es muss verhindert werden, dass weitere Klimagipfel so desaströs enden wie die Weltklimakonferenz 2009 in Kopenhagen.

In einer nachhaltigen Änderung müssen die Grenzen des Wachstums anerkannt werden und dementsprechend gehandelt werden. Dies könnte bedeutet, dass Staaten nicht mehr konkurrenzfähig sind, und die Bevölkerung mit gewissen ökonomischen Einschnitten rechnen muss. Fehlendes Wirtschaftswachstum, möglicherweise sogar eine gezielte Rückentwicklung, heißt nicht unbedingt ein Sprung zurück in eine vorindustrielle Zeit. Technologien und Wissen gehen auf Dauer nicht verloren, sondern werden hoffentlich sinnvoller genutzt. Nahrungsmittel in verschwenderischem Überschuss zu produzieren, Leuchtreklamen an jeder Ecke bei Tag und Nacht, Früchte von der anderen Seite des Globus zu jeder Jahreszeit und Individualverkehr trotz guter Nahversorgung - wenn man auf derartige Probleme eine Antwort gefunden hat, dann wird sich auch nicht mehr die Frage stellen, Atomenergie ja oder nein, sondern man wird sich die Frage stellen können, wozu man überhaupt so viel Energie produziert.

LITERATURVERZEICHNIS

- Weniger Wachstum = Mehr Glück*, Robert Hickel, Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2011
- Atomausstieg jetzt: Die Zeit ist reif*, Hermann Scheer, Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2011
- Atomenergie - Renaissance oder Talfahrt?*, Lutz Mez, Rosa Luxemburg Stiftung Standpunkte 31 / 2011
- 50 Jahre sind genug! Österreich raus aus EURATOM!*, Hintergrundpapier der Pressekonferenz am 17. Jänner 2007
- Fair Future - Ein Report des Wuppertal Instituts*, Verlag C.H.Beck 2006
- Tschernobyl-Opfer - Gezerre um die Strahlentoten*, Stefan Schmitt, Spiegel.de 18.04.2006
- Klimawandel im Nord-Süd-Konflikt*, Markus Wissen, Die Zukunft 06/2011
- Klima und Verteilungsgerechtigkeit*, Martin Schenk, Kurswechsel 2/2010
- Der Uranschock*, Wolfgang Hassenstein, greenpeace magazin 5.07
- Reichweite der Uran-Vorräte der Welt*, Peter Diehl, Januar 2006
- Vom guten Leben*, Mario Candeias, Rosalux 2-2011
- Risse im Block*, Ulrich Schachtschneider, Rosalux 2-2011
- Strom ist genug da*, Bernd Brouns, Rosalux 2-2011
- Acht Meiler geplant*, Nadja Charaby, Rosalux 2-2011
- CO2-Ausstoß - Klimabilanz der Kraftwerke*, Von Christopher Schrader. 08.03.2007